

**PROTEST**

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • WINTERSEMESTER 2018 //

Über die Notwendigkeit von Frauen\*streiks

## Wenn Frau\* es will, steht alles still?



Frauen\*streik in Spanien am 8. März 2018

Im Text wird von Frauen\*streik mit „\*“ gesprochen, um zu verdeutlichen, dass ein feministischer Streik die Diskriminierungsperspektiven von LSBTI\*-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) einbeziehen soll.

**// Zum Frauen\*kampftag am 8. März 2018 erlebte Spanien einen Ausnahmezustand – sechs Millionen Menschen legten ihre Arbeit nieder und verliehen durch kreative Aktionen ihren Forderungen Ausdruck. Der Protest richtete sich gegen häusliche Gewalt, Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen\*.** //

Ob Island 1975, die Schweiz 1991, Deutschland 1994, ob innerhalb oder außerhalb Europas, die Idee des feministischen Streiks ist keinesfalls neu. Doch warum findet das Thema mehr als 40 Jahre nach dem ersten europäischen Frauen\*streik in Island plötzlich so viele Unterstützer\*innen? Und könnte ein feministischer Streik in Deutschland ähnliche Erfolge erzielen?

### Unsichtbare Arbeit sichtbar machen

Die Frauenquote für Aufsichtsräte aller DAX-Unternehmen und das seit Januar 2018 geltende Entgelttransparenzgesetz können weder über sexualisierte Gewalt, Sexismus und Ungleichheit in Lohn- und unbezahlter Sorgearbeit (wie Kinderbetreuung oder Altenpflege) hinwegtrösten, geschweige denn das Missverhältnis beseitigen. Der Gender Pay Gap bildet die Lohnunterschiede zwischen Frauen\* und Männern\* ab und liegt in Deutschland bei 21,7 Prozent (Stand 2017). Das zeigt eine Vielzahl an Mechanismen von struktureller Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Frauen\* arbeiten häufiger in Teilzeit, verdienen bei gleicher Tätigkeit weniger und arbeiten in Branchen mit niedrigeren Lohnniveaus. Gleichzeitig verbringen laut einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts Frauen\* in Deutschland täglich 3,53 Stunden mit unbezahlter

Arbeit, Männer\* hingegen nur 2,18 Stunden. Die vermeintliche Trennung von Lohn- und unbezahlter Sorgearbeit ist dem Kapitalismus inhärent, beides kann nicht entkoppelt voneinander betrachtet werden. Mit einem Anstieg der Frauen\*erwerbstätigkeit wurde die vormals unbezahlte Sorgearbeit in die bezahlte Sphäre verschoben und an migrantische Pflegekräfte in prekären Beschäftigungsverhältnissen abgegeben. Anstatt die Disparitäten zwischen Lohn- und unbezahlter Sorgearbeiten zu benennen, wurden die Probleme anderen Bevölkerungsgruppen aufgebürdet. Deswegen brauchen wir antirassistische und feministische Protestformen: Zum Beispiel Streiks, die die unbezahlte und unsichtbare Arbeit sichtbar machen.

### Politischer Streik in Deutschland?

Die Voraussetzungen eines Frauen\*streiks in Deutschland sind bedingt durch andere streikrechtliche Grundlagen weniger vielversprechend. Denn anders als in Spanien gibt es keine gesetzlichen Grundlagen, die einen politischen Streik legitimieren. Gewerkschaften rufen zu Streiks auf, um tarifliche Forderungen gegenüber Arbeitgeber\*innen durchzusetzen. Der politische Streik hingegen richtet sich an den Staat. Das erschwert eine ähnliche Massenwirksamkeit wie in Spanien. Trotzdem kann sich ein feministischer Streik zunächst auf die unbezahlte Sorgearbeit beziehen. Wir Studierende können uns mit anderen Bevölkerungsgruppen solidarisieren, deren Anliegen unterstützen und auch die patriarchalen Strukturen an Hochschulen anprangern. Gleichzeitig darf sich der Streik nicht zu individualisierten Kundgebungen entwickeln, an denen sich wenige privilegierte Frauen\* beteiligen. Möglicherweise kann der Frauen\*streik eine Debatte über das politische Streikrecht anstoßen, um sich auf andere Bereiche, z. B. frauen\*dominierte Branchen, auszu-

weiten. Außerdem erfordern Proteste mit einer Reichweite wie in Spanien langfristige Planungen und den Aufbau von basisdemokratischen Strukturen. Nur so werden Prozesse angestoßen, die feministische Forderungen in Gewerkschaften zentral verankern können. In Spanien waren Hunderte der sogenannten „Colectivos“ (Kollektive) entscheidend an der Mobilisierung für die Frauen\*streiks beteiligt. Schon in der Vergangenheit gab es erste Frauen\*streiks, bis 2018 vervielfachte sich die Anzahl der Teilnehmer\*innen deutlich.

### Welche Rolle könnte die GEW spielen?

Die GEW könnte in der Diskussion um feministische Streiks in Deutschland eine zentrale Rolle einnehmen. Immerhin sind 72 Prozent der Mitglieder weiblich (Stand 2017). Die strukturelle Diskriminierung und die sexualisierte Gewalt sind nichts, was wir länger hinnehmen müssen. Stattdessen sollten wir diese Themen in die Gewerkschaften einbringen. Denn die Fragen der Gestaltung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit sind eines der zentralen Konfliktfelder unseres Jahrhunderts. Was würde passieren, wenn sich morgen 40 Millionen Frauen\* dagegen wehren, den Sexismus am Arbeitsplatz länger zu ertragen und zum Dank für jahrelange unbezahlte Arbeit Armutsrenten hinzunehmen? Das Motto „Wenn Frau will, steht alles still“, mit dem 1991 zu dem Frauen\*streik in der Schweiz aufgerufen wurde und der sich auch in dem Streikaufruf in Spanien wiederfindet, ist in Deutschland so wahr und aktuell wie überall auf der Welt.

**Katharina Lenuck ist Sprecherin des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW und studiert an der Uni Bremen.**



Foto: Steffi Loos

Demo gegen Studiengebühren für Nicht-EU-/EWR-Studierende am 21. November 2017 in Düsseldorf

Rollback in NRW

# Leistungsdruck statt Wahlfreiheit und Mitbestimmung

**// In Zeiten zunehmender Neoliberalisierung des Bildungssystems werden die Veränderungen in den Hochschulgesetzen immer rückschrittlicher: Einführung rassistischer Studiengebühren, Erhöhung des individuellen Leistungsdrucks. Gegen kommende Vorhaben in Nordrhein-Westfalen formiert sich studentischer Protest, ähnlich wie zuvor in Thüringen oder Baden-Württemberg. //**

Zweifelsohne ist die Einführung von Studiengebühren ein massiver Rückschritt, der einen Abwehrkampf dringend nötig macht. Zuletzt geschehen in Baden-Württemberg, wo die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, begleitet von Protesten, ausländer\*innenfeindliche Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen eingeführt hat. In Zeiten, in denen Rechtspopulist\*innen massiv rassistische Stimmungsmache betreiben, konnte der Protest leider noch nicht genügend Wirkung entfalten, um die Gebühren zu verhindern. Damit wird letztlich die rassistische Sichtweise widerspiegelt, Ausländer\*innen in „nützlich“ und „unnützlich“ einzuteilen. So verteidigte die Ministerin die Gebühren mit der Behauptung, die meisten Ausländer\*innen gingen nach dem Studium in ihre Herkunftsländer zurück und würden so dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und folglich keine Steuern zahlen. Internationale Student\*innen werden dadurch als „unnützlich“ für die deutsche Volkswirtschaft markiert, was legitimiert, sie zur Kasse zu bitten. Damit wird von staatlicher Seite eine rassistische Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben, gegen die sich gerade ein aufgeklärtes Bildungs- und Wissenschaftssystem wenden muss. Diese Spaltung darf nicht toleriert, geschweige denn ausgedehnt werden. Benachteiligung von Minderheiten ist nur der erste Schritt in regressivere Systeme, dagegen sollten alle Student\*innen protestieren.

## #notmyhochschulgesetz

Auch in NRW denkt die schwarz-gelbe Koalition über Studiengebühren für Ausländer\*innen nach. Die parteilose NRW-Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgens will nicht nur durch Gebühren den Zugang zu

Bildung einschränken, sie geht noch weiter und möchte Errungenschaften wie beispielsweise die Demokratisierung von Hochschulgremien zurückdrehen. Strukturelle Probleme, wie die mangelhafte Ausstattung und Kapazität der Hochschulen, die die Zahl der Student\*innen begrenzen und den Hochschulzugang erschweren, werden dadurch weiter individualisiert: Wer keinen Studienplatz bekommt, ist eben in der Schule nicht gut genug gewesen.

Darüber hinaus sollen Student\*innen bevormundet werden – beispielsweise in Form von Anwesenheitspflicht oder individueller Studienvereinbarung. Eine Studienvereinbarung ist als Vertrag zwischen Student\*in und Hochschule gedacht, in dem die individuell in einer bestimmten Zeit zu erbringende Leistung festgehalten wird. Damit soll hohen Abbrecher\*innenquoten entgegengewirkt werden. Tatsächlich werden Studienvereinbarungen die Analyse struktureller Probleme nur weiter erschweren. Der\*Die Student\*in wird ganz allein Schuld am Versagen haben, Gründe wie schlechte Studienbedingungen oder Benachteiligungen werden so nicht thematisiert. In einem insgesamt ungerechten Bildungssystem, das abhängig oder aussortiert, führt ein solches Instrument zu noch mehr sozialer Selektion.

## Demokratieabbau an Hochschulen

Die von Rot-Grün zugelassene Viertelparität (gleichberechtigte Mitbestimmung bzw. Stimmenverhältnis von Professor\*innen, Studierenden, wissenschaftlichen und administrativ-technischen Mitarbeiter\*innen in akademischen Gremien) oder die Zivilklausel (Verpflichtung einer Hochschule, keine Militärforschung zu betreiben) werden als Bürokratiemonster oder Einschränkung der Hochschulautonomie angeprangert und sollen wieder abgeschafft werden. Insgesamt gehen die Überlegungen also in Richtung Demokratieabbau und weniger Selbstbestimmung für Student\*innen.

Gegen diese Tendenzen richtet sich studentischer Protest. Die konservativen Kräfte in Parlamenten und Ministerien suchen nach Wegen, aufmüpfige Student\*innen ruhigzustellen und Proteste zu unterbinden. Beispielsweise durch Einschränkungen der studentischen Selbstverwaltung oder der politischen

Meinungsfreiheit von Student\*innenvertretungen (politisches Mandat). Student\*innen immer mehr Leistungszwang und Konkurrenz auszusetzen statt Bedingungen zu schaffen, in denen Kritik und Emanzipation möglich sind, erschwert die Mobilisierung für Proteste und verstellt den Blick auf die Probleme. Umso wichtiger ist es, dass sich gegen derartige Reformen Widerstand regt. Die Kampagne #notmyhochschulgesetz ist im letzten Semester gut angelaufen und mobilisiert kräftig für die Belange der Student\*innen und gegen die Pläne der Regierung. Erste Demonstrationen haben stattgefunden, und im Herbst geht die Kampagne in die nächste Runde.

## Proteste zeigen Wirkung!

Dass Proteste von Student\*innen für ihre Belange erfolgreich sein können, hat Thüringen gezeigt. Dort konnten die Student\*innen ihre Forderungen nach Viertelparität oder der Abschaffung von Anwesenheitspflichten durchsetzen. Gleichzeitig bleibt noch einiges zu tun: Die Entscheidungsstrukturen zwischen Ministerium und Hochschulen bzw. zwischen den Gremien der Hochschulen sind immer noch von wettbewerblichen Ideen und neoliberalen Steuerungsmodellen geprägt. Die sozialen Probleme, wie Wohnungsnot oder mangelhafte Studienfinanzierung, sind noch immer ungeklärt.

Diese Probleme werden nur gelöst werden können, wenn wir genügend Druck aufbauen: Lasst uns, egal ob in Thüringen oder Nordrhein-Westfalen, gemeinsam im Herbst protestieren! Gegen Wohnungsnot, schlechte Studienfinanzierung und eingeschränkte Seminaerauswahl (zu wenige Plätze und zu geringe Auswahlmöglichkeiten) kann angegangen werden. Im Oktober werden mit diesen Problemen auf einen Schlag zahlreiche Student\*innen konfrontiert. Das lässt hoffen, viele Student\*innen auf die Straße zu bekommen und unsere Forderungen stark zu machen.

■ Konstantin Korn ist Mitglied der read.me-Redaktion.

Mehr Infos:  
[notmyhochschulgesetz.de](http://notmyhochschulgesetz.de)

Mehr Geld für die Lehre

# Ein neuer Hochschulpakt muss her!

**// Die Finanzierung der Hochschulen hält nicht Schritt mit dem Anstieg der Studierendenzahlen. Statt für eine nachhaltige Grundfinanzierung zu sorgen, stampfen Bund und Länder immer neue befristete Sonderprogramme aus dem Boden. //**

„Bildungsrepublik Deutschland“ 2018: Studierende, die überhaupt einen Studienplatz ergattern können, sind mit katastrophalen Betreuungsrelationen konfrontiert. An den Universitäten kommen 60 Studierende auf eine Professur. In den Geisteswissenschaften sind es sogar 74 Studierende auf eine Professur, in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 93. Kein Wunder, dass sich nicht nur bei Studierenden, sondern auch bei Lehrenden Frust statt Lust breit macht.

Der Grund dafür: Immer mehr Studienberechtigte nehmen ein Studium auf, doch der überfällige Ausbau der Hochschulen hält damit nicht Schritt. Bund und Länder versuchten zwar, mit dem Hochschulpakt 2020 gegenzusteuern, aber ohne nachhaltigen Erfolg. Sie gingen in Folge der doppelten Abiturjahrgänge und Aussetzung der Wehrpflicht von einem vorübergehenden „Studierendenberg“ aus, den es zu „untertunneln“ gelte.

Tatsächlich ist die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger deutlich stärker angestiegen, als es die Kultusministerkonferenz vorhergesagt hat. Nahmen 2005 rund 360.000 Menschen ein Studium an einer Hochschule und Deutschland auf, waren es zehn Jahre später über 500.000. Nach Berechnungen des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) wird die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger bis zum Jahr 2050 weit über dem Niveau von 2005 liegen und weiter um etwa 450.000 pendeln. Der Studierendenberg hat sich also längst als Hochplateau entpuppt.

## Realistische Kostenkalkulation: Fehlanzeige

Zwar hat der Hochschulpakt 2020 selbst mit dazu beigetragen, dass überhaupt so viele zusätzliche Studierende Jahr für Jahr aufgenommen werden konnten. Doch

dafür mussten Studierende und Lehrende einen hohen Preis zahlen. So sind die Kosten für einen Studienplatz mit 26.000 Euro viel zu gering kalkuliert – das Statistische Bundesamt beziffert die Kosten für einen universitären Studienplatz auf über 50.000 Euro. Hinzu kommt, dass Bund und Länder im Hochschulpakt nur für 50 Prozent aller Bachelorstudierenden einen Masterstudienplatz einplanen. Tatsächlich möchten an Universitäten über 80 Prozent der Bachelorabsolventinnen und -absolventen weiterstudieren. Die zur Verfügung gestellten Masterstudienplätze reichen also bei weitem nicht aus.

## Hochschulpakt 2020 ist unterfinanziert

Selbst der Wissenschaftsrat, das offizielle Beratungsgremium von Bund und Ländern, hat vor kurzem kritisiert, dass der Hochschulpakt 2020 nichts zur Verbesserung der Betreuungsrelationen beigetragen habe. Schlimmer noch: Der Hochschulpakt hat zu einem massiven Anstieg der befristeten Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau geführt. Neun von zehn wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden mit einem Zeitvertrag abgespeist. Über die Hälfte der Zeitverträge hat eine Laufzeit von unter einem Jahr. Hinzu kommen bundesweit rund 100.000 Lehrbeauftragte, die stundenweise bezahlt werden oder in der Hoffnung auf Pluspunkte für ihre wissenschaftliche Karriere völlig unentgeltlich arbeiten. Das ist nicht nur unfair gegenüber all diesen hoch qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, auch die Qualität der Lehre ist gefährdet, wenn die Dozentinnen und Dozenten nach dem Hire-and-Fire-Prinzip ausgewechselt werden.

Der 2007 gestartete Hochschulpakt 2020 wird in zwei Jahren auslaufen. Er muss daher schleunigst nicht nur verlängert, sondern auf Dauer gestellt und verbessert werden. Das ist jedenfalls die Forderung der Bildungsgewerkschaft GEW. Auch die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD hat die Zeichen der Zeit erkannt. Mit den Ländern möchte sie über eine Verstärkung des Hochschulpakts reden, heißt es im Koalitionsvertrag vom Dezember 2017.

Sogar der Wissenschaftsrat betont die Notwendigkeit einer Dynamisierung, also einer regelmäßigen Budgeterhöhung des Hochschulpakts. Doch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sieht dafür bisher keinen Anlass. Dagegen ist es für die Bundesregierung ausgemacht, dass nicht nur die Exzellenzstrategie zur Förderung der Spitzenforschung weiter ausgebaut werden, sondern auch der Pakt für Forschung und Innovation um mindestens drei Prozent pro Jahr wachsen soll. Die bisherige Prioritätensetzung der Bundesregierung geht also eindeutig nach wie vor zu Gunsten der Forschung, während die Lehre weiter den Kürzeren zieht.

## Hochschulpakt muss Qualität verbessern

Es muss also ein neuer Hochschulpakt her! Dieser muss auf unbestimmte Zeit laufen und kostendeckend ausfinanziert sein. Die Kosten eines Studienplatzes müssen vom ersten Semester bis zum Masterabschluss abgebildet sein.

Der neue Hochschulpakt muss auch für eine bessere Qualität der Lehre sorgen. Wir brauchen bessere Betreuungsrelationen zwischen Lehrenden und Studierenden. Es ist auf Dauer nicht zumutbar, wenn eine Professorin oder ein Professor 60 oder mehr Studierende betreuen muss. An den Schweizer Universitäten gilt ein Richtwert von 1:40 für das Verhältnis von Professuren und Studierenden. Das wäre auch eine sinnvolle Orientierung für die Personalausstattung an deutschen Universitäten.

Daueraufgaben in der Lehre müssen daher auf Dauerstellen für Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erledigt werden. Die Hochschulen müssen verpflichtet werden, die Mittel aus dem Hochschulpakt für Dauerstellen in der Lehre einzusetzen und den Lehrenden ausreichend hochschuldidaktische Fort- und Weiterbildungsangebote zu machen.

**Dr. Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender der GEW und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung.**

Betreuungsrelation an deutschen Hochschulen: 1 Prof auf 60 Studis





Der TVStud Berlin

# 100 Prozent Teilzeit, 100 Prozent befristet – trotzdem

**// Der Berliner Tarifvertrag für studentische Beschäftigte bleibt Vorbild! Im Juli 2018 endete der Tarifkonflikt mit längst fälligen Lohnerhöhungen. Die Basis des Erfolgs: hoher Organisationsgrad, mitbestimmungsorientierte Strukturen, Bündnispolitik, kreative, öffentlichkeitswirksame Aktionen. //**

Der TVStud Berlin blickt auf eine lange Tradition zurück. 1980 zum ersten Mal erkämpft und immer wieder von studentischen Beschäftigten verteidigt, galt er als Garant für gute Beschäftigungsbedingungen von studentischen Hilfskräften (SHK) in Berlin. 2001 gab es dann den letzten Abschluss eines Tarifvertrags für die SHKs. Sie handelten 10,89 Euro und Weihnachtsgeld aus, aber regelmäßige Erhöhungen konnten nicht mehr erreicht werden. Danach blieb es zehn Jahre still. Erst 2011 wurde ein neuer Versuch von Gewerkschaften und Student\*innen unternommen. Der scheiterte aber am damals zu geringen Organisationsgrad und dem schlechten Angebot der Hochschulen.

Erst im November 2016, gestützt auf einen enormen Mitgliederzuwachs, wählten die studentischen Mitglieder von GEW und ver.di eine neue Tarifkommission, die die Hochschulen einen Monat später offiziell zu Tarifverhandlungen aufforderte. Die im Juli 2018 erfolgreich beendete Tarifkampagne dauerte anderthalb Jahre, neun Verhandlungsrunden und 38 Streiktage. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Lohnerhöhungen ab 1. Juli 2018 von 10,89 Euro auf 12,30 Euro, ab 1. Juli 2019 auf 12,50 Euro, ab 1. Januar 2021 auf 12,68 Euro und ab 1. Januar 2022 auf 12,96 Euro.

Ab Juli 2023 werden die Löhne der studentischen Beschäftigten im selben Maße wie die der anderen Hochschulbeschäftigten steigen, die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) bezahlt werden. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wird von sechs auf zehn Wochen, der Urlaubsanspruch ab 2019 von 25 auf 30 Arbeitstage jährlich erhöht.

Trotz des großen Erfolgs war die Kampagne für alle Beteiligten eine Herausforderung. Die lange Dauer dieser Tarifaufeinandersetzungen stellte ohne Frage eine enorme Belastung für alle Beteiligten dar und erforderte bei Haupt- und Ehrenamtlichen einen langen Atem. Studienabschlüsse und Semesterferien zwangen die Kampagne immer wieder zum Neuaufbau ihrer Strukturen. Für die Hochschulen dagegen war die Zeit eine wichtige Verbündete, sie konnten warten und hoffen, dass der Kampagne vorzeitig die Luft ausgeht. Gleich-

zeitig hatte die Tarifkampagne nicht nur mit einem Verhandlungspartner zu tun, sondern mit zwölf. Die Hochschulen waren sich bei weitem nicht immer einig und verfolgten eigene Ziele – so konnten die Verhandlungen blockiert und in die Länge gezogen werden.

## Die Erfolgsfaktoren der TVStud-Kampagne

Im letzten Anlauf waren Gewerkschaften und Student\*innen aber besser vorbereitet! Es wurde sich mehr Zeit für den kontinuierlichen Aufbau genommen. Zusätzlich halfen ein paar Voraussetzungen, die Kampagne in Berlin voranzubringen.

Die Kampagne legte viel Wert auf ihren Bündnischarakter und ihre mitbestimmungsorientierte Ausrichtung. Das Bündnis bestand aus den studentischen Personalräten, der Gewerkschaftsjugend, Studiendenschaften und Partei-Jugend, anderen linken Gruppierungen und vielen Studierenden, die bis dahin noch nie mit Gewerkschaften zu tun hatten. Das erforderte von den ehren- und hauptamtlichen Organisator\*innen eine gewaltige Integrationsleistung. So wurden während der Kampagne regelmäßige Treffen, Streikversammlungen und Aktivenkonferenzen organisiert, um alle SHKs mit einzubinden. Die mitbestimmungsorientierte Ausrichtung mobilisierte dann auch die benötigten personellen Ressourcen, stärkte den Zusammenhalt und verhinderte Alleingänge einzelner Gruppen. Das gemeinsame Ziel: der Abschluss eines neuen Tarifvertrages.

Eine weitere Berliner Besonderheit spielte eine wichtige Rolle: die studentischen Personalräte der Berliner Hochschulen. Das Landespersonalvertretungsgesetz gibt den studentischen Beschäftigten das Recht, einen eigenen Personalrat zu gründen. Davon machten die studentischen Beschäftigten an der Technischen Universität, der Humboldt-Universität, der Freien Universität sowie an der Alice Salomon Hochschule Gebrauch. Da sich die studentischen Personalräte tagtäglich mit den Problemen von studentischen Hilfskräften beschäftigen und auch regelmäßig mit GEW und ver.di zusammenarbeiten, herrschte bei ihnen ein größeres Bewusstsein für die immer prekärer werdende Lage der studentischen Beschäftigten. Sie bildeten zusammen mit einigen anderen gewerkschaftlich aktiven Hilfskräften und den Gewerkschaften das organisatorische Rückgrat der Kampagne.

Auch der Mut und das intensive Engagement der Gewerkschaften GEW und ver.di hat zum Erfolg beigetragen. Auf beiden Seiten gab es den Willen und das Know-

how, um die Kampagne zum Erfolg zu führen. Zu guter Letzt half der Status von Berlin als Stadtstaat. Die Wege waren für alle Beteiligten relativ kurz. Ein Faktor, der nicht zu vernachlässigen ist. Gerade weil Student\*innen neben Studium, Job, Privatleben und anderem Engagement oft nur wenig Zeit zur Verfügung haben.

## Die drei Säulen der TVStud-Kampagne

Der Erfolg der Kampagne beruhte auf drei strategischen Säulen: der Öffentlichkeitsarbeit, dem politischen Druck und dem Arbeitskampf. Gerade bei der Öffentlichkeitsarbeit, die hauptsächlich durch Ehrenamtliche getragen wurde, konnte die Kampagne schnell eine enorme Reichweite entwickeln. Der Druck auf den Berliner Senat wurde stetig erhöht. Überall, wo die zuständigen Senatsmitglieder sowie die Hochschulleitungen eine öffentliche Veranstaltung hatten, mussten sie damit rechnen, dass die streikenden SHKs auch da waren und sich einmischten, so etwa bei der prestigeträchtigen Eröffnungsveranstaltung der „Langen Nacht der Wissenschaften“ 2018. Das brachte der Kampagne eine breite Öffentlichkeit und erhöhte auch den Handlungsdruck auf den Berliner Senat und die Hochschulleitungen.

Der Arbeitskampf spielte nach der Kündigung des Tarifvertrags 2018 eine immer wichtigere Rolle. Bei den kurzen Warnstreiks hatten es die Hochschulen noch vergleichsweise leicht, den Arbeitsausfall zu kompensieren. Bei den längeren Streiks – der letzte „Warnstreik“ erstreckte sich über vier Wochen – kam es jedoch zu spürbareren Störungen: bei Tutorien, in Bibliotheken und Service-Centern sowie in Forschungsprojekten. Der Arbeitskampf wirkte mobilisierend auf die noch nicht Aktiven und brachte viele dazu, mitzumachen.

**STUDENTISCHER  
TARIFVERTRAG  
GEKÜNDIGT!**

**JETZT  
STREIK!**

KOMM ZUM TREFFEN  
DER STREIKGRUPPE  
AN DEINER HOCHSCHULE!

f tvstud.berlin  
www.tvstud.berlin

**WARN  
STREIK!**

der studentischen  
Beschäftigten

**23.01. - 25.01.**

f tvstud.berlin  
@TVStud\_Berlin  
www.tvstud.berlin

**W  
ST**

der s  
Bes

Mitt  
14.

f tvstud.  
@TVS  
www.t



Aus der Uni auf die Straße:  
TVStud-Proteste im Mai 2018

Foto: transil/Christian v. Polentz

Bundesweite Perspektiven für studentische Tarifverträge

# First we take Berlin ...

// **Studentische Beschäftigte in Berlin haben in langen Tarifeinvernehmungen bundesweit einzigartige Lohn- und Beschäftigungsbedingungen erkämpft. Ihre Mobilisierungs- und Solidaritätserfahrungen, ihre Kreativität und Durchhaltekraft machen Mut und Lust auf mehr! //**

Studentische Hilfskräfte übernehmen an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen rasant gewachsenen Arbeitsanteil im Bereich Lehre, Forschung und Verwaltung: Zwischen 2007 und 2016 hat allein die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte an Hochschulen um 230 Prozent zugenommen. Knapp ein Drittel der Stellen, die im Jahr 2016 an Hochschulen durch Drittmittel finanziert wurden, waren nach Angaben des Statistischen Bundesamts Hilfskraftstellen. Wie in Berlin hält auch in den anderen Bundesländern die Entwicklung des Stundenlohns für studentische Beschäftigte mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten für Studierende, insbesondere den gestiegenen Mietkosten, nicht Schritt.

Als einziges Bundesland gibt es in Berlin einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, den „TVStud“. Die studentischen Beschäftigten der anderen Bundesländer können von den Arbeitsbedingungen ihrer Berliner Kommilitonen\*innen nur träumen: 12,30 Euro Stundenlohn und Regelvertragslaufzeiten von zwei Jahren. Für sie gelten die Höchstsätze, die die Tarifgemeinschaft deutscher Länder festgelegt hat. Aktuell sind das in den beiden Tarifgebieten Ost und West 9,87 bzw. 10,27 Euro für studentische Hilfskräfte, 11,49 bzw. 11,94 Euro für wissenschaftliche Hilfskräfte mit erstem Hochschulabschluss. Wohlgermerkt handelt es sich hier um Höchstsätze, von denen die Hochschulen nach eigenem Ermessen bis zur Mindestlohngrenze nach unten abweichen können und dies zum Teil auch tun. (Die GEW hat im soeben neu aufgelegten „Ratgeber für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen“ reale Stundensätze für Hilfskräfte an Hochschulen vergleichend dokumentiert, [www.gew.de/studentische-hilfskraefte](http://www.gew.de/studentische-hilfskraefte).) In diesem Sinne müssen sich die Hochschulleitungen in Freiburg, Kassel, Bremen, Köln, Heidelberg, Ulm oder Ilmenau nun mit demonstrativem Verweis auf Berlin („arm aber sexy“) fragen lassen, warum sie eigentlich bei gleicher Arbeit bis zu 30 Prozent weniger bezahlen als in der Hauptstadt – bei kürzeren Verträgen und weniger Urlaubsanspruch.

**Then we take ...?**

Lassen sich die Berliner Erfahrungen übertragen auf andere Länder? Es gibt grundsätzlich zwei denkbare Optionen, auch für die anderen Länder und Hochschulen vergleichbare tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte zu erreichen.

**Option 1:** Erweiterung des Flächentarifs auf die anderen Länder. Bisher schließt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der für fast alle Angestellten an Hochschulen gilt, Hilfskräfte explizit aus seinem Geltungsbereich aus. Die bundesweite Aufmerksamkeit für den Kampf um den TVStud Berlin nutzend, könnten die Gewerkschaften die Forderung

nach einer entsprechenden Ausweitung des Geltungsbereiches des TV-L in die nächste Ländertarifrunde im Frühjahr 2019 einbringen und selbstbewusst vertreten. **Option 2:** Weitere Tarifverträge für Studierende nach Berliner Vorbild. Alternativ zur Erweiterung des Geltungsbereiches des Flächentarifvertrags TV-L kommt der Abschluss von weiteren Tarifverträgen für studentische Beschäftigte nach Berliner Vorbild in Betracht. Das Berliner Modell könnte entweder in einem großen Wurf auf alle anderen Bundesländer übertragen werden. Oder aber es wird schrittweise von einzelnen Ländern oder sogar nur einzelnen Hochschulen übernommen. Das Ganze ist eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgeber\*innen und Gewerkschaften: Je nachdem, wie viele studentische Beschäftigte die Gewerkschaften als Mitglieder organisieren und wie erfolgreich sie diese zu Protestaktionen und zum Arbeitskampf aufrufen können, kann es gelingen, das Berliner Modell in einzelnen Ländern oder an einzelnen Hochschulen oder bundesweit durchzusetzen.

**Seid realistisch ...**

Die Wahrscheinlichkeit, mit der sich die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), eine Hochschule oder ein Bundesland auf diesem Weg in die Knie zwingen lässt, ist also etwa so hoch wie der durchschnittliche Prozentsatz des gewerkschaftlichen Organisationsgrades studentischer Beschäftigter.

Vor der ersten Verhandlungsrunde zum TVStud in Berlin haben GEW und ver.di zusammen fast 1.000 neue Mitglieder und mit ihnen das Vertrauen in eine ausreichende Streikbereitschaft und -fähigkeit gewonnen. Dieses Vertrauen in die eigene Kampfkraft ist überall eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Wie gut die Chancen am eigenen Standort sind, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte durchzusetzen, hängt von weiteren Erfolgsfaktoren ab.

Wie gut sind die Gewerkschaften vor Ort auf einen Streik der Studierenden vorbereitet? Gibt es schlagkräftige Verbündete, die den Arbeitskampf unterstützen können, also etwa ASten und StuRas, Fachschaften, Kommiliton\*innen in Gremien der akademischen Selbstverwaltung, Hilfskräfte-Räte, Personalräte? Gibt es weitere Protestbewegungen, mit denen man zusammenarbeiten kann, z. B. die studentische Kampagnen gegen Wohnungsnot? Sind die Landesregierungen oder die Hochschulleitungen den Belangen der studentischen Beschäftigten gegenüber eher aufgeschlossen oder eher nicht?

Der Arbeitskampf der Berliner Studierenden hatte recht günstige Rahmenbedingungen, die sich nicht einfach auf große Flächenländer übertragen lassen. Dennoch haben die Berliner Aktivist\*innen einen Zielhorizont für die Vertragsverbesserung studentischer Beschäftigter geschaffen, viele kreative Aktionsformen geschaffen und unser aller Phantasie auf die Sprünge geholfen, in diesem Sinne:

**... fordert das Unmögliche.**

**Stefani Sonntag ist Referentin im Organisationsbereich Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand.**

# erfolgreich!

**Fabian Schmidt ist einer der Sprecher des LAS der GEW Berlin, langjähriger Aktiver in der TVStud-Kampagne, bei DGB Jugend und ehemaliges Tarifkommissionsmitglied bei TVStud, politischer Referent der DGB Jugend im Bundesvorstand und studiert Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule.**

Alle Plakate: GEW-Berlin

70.000 Studierende in türkischen Gefängnissen

# „Yılanın başı küçükken ezilmeli“\*

(\*Türkisches Sprichwort: Den Kopf der Schlange muss man zerdrücken, solange er noch klein ist)

// Es wird regelmäßig über die Situation von Wissenschaftler\*innen aus der Türkei berichtet, aber was ist eigentlich mit den Studierenden? Die feministische Aktivistin und Politikwissenschaftlerin Tebessüm Yılmaz erklärt im Interview, wie wichtig das Bewusstsein für die prekäre Situation von Studierenden in der Türkei ist. //

**read.me:** Im Januar 2016 wurde die Petition „Wir werden nicht Teil dieses Verbrechens sein“ von den Academics for Peace initiiert, welche den Krieg an der kurdischen Bevölkerung verurteilen und dass Wissenschaftler\*innen in der Türkei erneut zur Zielschreibe staatlicher Repression gemacht wurden. Der Ausnahmezustand, der nach dem Putschversuch im Juli 2016 ausgerufen wurde, ist nun nach zwei kontroversen Jahren beendet. Die Wissenschaftler\*innen und Studierenden können auf zwei Jahre voller Repression und großem Widerstand zurückblicken. Wie schätzt Du die Situation der oppositionellen Kräfte in der Türkei derzeit ein?

**Tebessüm Yılmaz:** Zwar wurde der Ausnahmezustand nun offiziell aufgehoben, jedoch beobachten wir eine Normalisierung der Gesetze des Ausnahmezustands, weshalb wir nicht von einer Verminderung der Repressionen ausgehen können. Nichtsdestotrotz ist der Wille zum Widerstand nicht gebrochen. Der Einzug oppositioneller Parteien in das Parlament nach erfolgreichen Kampagnen zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Juni 2018 war ein kleiner Triumph, obwohl viele Abgeordnete noch immer inhaftiert sind. Was erfolgreichen Widerstand betrifft, wird dieser zu einem sehr großen Teil von den starken Frauen- und LGBTI-Bewegungen (LGBTI ist ein Sammelbegriff und steht für Lesbian Gay Bisexual Trans Intersex[-People]) getragen. Gerade sie sind diejenigen, die durch große Demonstrationen eine starke Präsenz zeigen und viele Kampagnen in Solidarität mit Kurdistan organisiert haben.

**read.me:** Die GEW versucht, sich für die Academics-for-Peace-Unterzeichner\*innen einzusetzen und die Sichtbarmachung ihrer Umstände und Forderungen zu unterstützen.

Trotz dieser Bemühungen scheint kaum Bewusstsein für die große Anzahl der Studierenden und Promovierenden (838 der 2212 Erstunterzeichner\*innen) zu bestehen.

Wie unterscheidet sich die Lage der Wissenschaftler\*innen von der der Studierenden, die unterschrieben haben?

**Tebessüm Yılmaz:** Die fehlenden Sichtbarkeiten haben sich bereits innerhalb der Academics for Peace hervorgetan; untereinander gab es kaum Bewusstsein für die unterschiedlichen Machtverhältnisse in der Gruppe. Hausdurchsuchungen und Übergriffe betrafen beispielsweise zuerst die Wissenschaftler\*innen. Gleichzeitig gab es keinen Austausch und kein Wissen über die Anzahl von studentischen Unterzeichner\*innen und die Disziplinarmaßnahmen und polizeilichen Untersuchungen gegen sie. Diese Unsichtbarkeiten haben auch unsere Ankunft an deutsche Universitäten erheblich erschwert, da beispielsweise fast alle Stipendien explizit Wissenschaftler\*innen fördern und nicht die Studierenden und Promovend\*innen, die auf solch eine Unterstützung angewiesen wären.

Auch was die Verhaftungswellen in der Türkei betrifft, hört man vorrangig von Anwalt\*innen, Journalist\*innen, Politiker\*innen und Akademiker\*innen, obwohl Schätzungen zufolge 70.000 Studierende und Schüler\*innen inhaftiert sind und sie somit fast ein Drittel aller Strafgefangenen ausmachen.

**read.me:** Was kannst du als aktives Mitglied von TÖDA (Tutuklu Öğrencilerle Dayanışma Ağı), dem 2015 gegründeten Solidaritätsnetzwerk für inhaftierte Studierende, zu den gesetzlichen Grundlagen sagen, die der türkische Staat nutzt, um Studierende reihenweise zu verhaften?

**Tebessüm Yılmaz:** Im Grunde erfahren Studierende und Promovend\*innen hauptsächlich die gleichen zwei Anschuldigungen wie auch die Wissenschaftler\*innen: „Teil einer terroristischen Organisation zu sein“ oder „terroristische Propaganda zu verbreiten“. Aber auch einfach nur Flyer zu verteilen und an Demonstrationen teilzunehmen kann genügen, um jahrelang ohne Anhörung inhaftiert zu werden. Eines der gravierendsten Probleme für inhaftierte Studierende stellt eine neue gesetzliche Regelung dar, wonach Inhaftierte keine Uni-Verständigungsprüfungen mehr ablegen dürfen und ihnen somit jede Chance, einen Abschluss zu erlangen, verbaut wird.

**read.me:** Welche politische Bedrohung stellen die Studierenden deiner Meinung nach für den Status quo der Türkei dar?

**Tebessüm Yılmaz:** Im Türkischen gibt es ein Sprichwort: „Yılanın başı küçükken ezilmeli“ („Den Kopf der Schlange muss man zerdrücken, solange er noch klein ist“). Im Grunde ist das die Taktik, die der türkische Staat umzusetzen versucht, und das nicht erst, seit die AKP-Regierung an der Macht ist. Aufgrund von sehr blutigen Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Gruppierungen seit den 1960er Jahren gibt es in der Türkei derartige Gesetze und Regelungen. Dass der Staat dabei linke Bewegungen zerschlägt und nicht rechts-konservative, spricht für sich, denke ich. Außerdem versucht die Regierung so effektiv wie möglich jede Form von kurdischen Bewegungen zu zerschlagen.

**read.me:** Siehst Du eine Notwendigkeit und Möglichkeit für transnationale Solidarität zwischen Studierenden aus Deutschland und der Türkei?

**Tebessüm Yılmaz:** Definitiv. Denn jedes Mal, wenn ich über die Umstände von Studierenden in der Türkei berichte, sind alle schockiert, da es weder hier noch in der Türkei eine öffentliche Diskussion darüber gibt. Daher müssen politische Gruppen und gewerkschaftliche Hochschulgruppen aktiv werden und in einen Dialog treten. Je nach Handlungsspielräumen und Ressourcen kann Solidarität geübt werden, die kein hierarchischer, gemeinnütziger Akt ist, sondern ein Netzwerk auf Augenhöhe. Beispielsweise sind Studierende in Deutschland eher flexibel und mobil, was sehr hilfreich sein kann. Die Solidarisierung von Studierenden ist eine unabdingbare Grundlage, um eine Sichtbarkeit und ein Bewusstsein zu schaffen und hoffentlich auch Veränderungen herbeizuführen.

Tebessüm Yılmaz promoviert derzeit an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Kurdish Studies, Critical Gender Studies, Memory Studies und Visual Sociology. Yılmaz ist ein aktives Mitglied der Academics for Peace Turkey, Wissenschaftlerinnen für den Frieden – Deutschland e. V., Kampüssüzler (Academics with no Campuses) sowie von Tutuklu Öğrencilerle Dayanışma Ağı Kadın İnisiyatifi (Women’s Initiative for the Solidarity Network for Detained Students).

Das Interview führte Bilge Cömert. Sie studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ist derzeit als studentische Mitarbeiterin beim GEW-Hauptvorstand tätig.

Eine englische Version des Artikels ist zu finden unter: [www.gew.de/studierende-tuerkei](http://www.gew.de/studierende-tuerkei)



Foto: Tebessüm Yılmaz

Demonstration am 27. April 2018 am Brandenburger Tor, um gegen die Unterdrückung von Alevit\*innen und Studierenden durch den Staat und die AKP-Regierung zu protestieren. Anlass dafür waren u. a. erneute Verhaftungswellen an der Boğaziçi Universität Istanbul



Polizei in Deutschland: Nicht nur physisch aufgerüstet!

Sound of the Police

# Welle von Gesetzesnovellierungen ermächtigt Polizei bundesweit

// **Bewaffnung mit Handgranaten, Telekommunikationsüberwachung, ausufernde Verwahrungshaft... Was nach Agentenfilmen in Hollywoodmanier oder Orwells Überwachungs dystopie klingt, wird in deutschem Recht Wahrheit. Und die Umsetzung obliegt der Polizei.** //

Wenn Fußballfans, Datenschützer\*innen, Umweltaktivist\*innen, Politiker\*innen, Antifaschist\*innen, Feminist\*innen, Jurist\*innen, Migrant\*innen und Gewerkschafter\*innen gemeinsam auf die Straße gehen, muss es einen bedeutenden Anlass geben. Ein Beispiel dafür wäre die Reaktion auf einen „massiven Eingriff in die Grundrechte von Millionen von Menschen“ sowie „massenhaft[e] Überwachung unter dem Deckmäntelchen von Sicherheit und Ordnung“. <sup>1</sup> So zumindest bezeichnet das Bündnis „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“ die geplante Verschärfung des gleichnamigen Gesetzes.

## Auflösung der Gewaltenteilung

In Nordrhein-Westfalen würde die geplante Gesetzesänderung in der jetzigen Form ermöglichen, dass Besetzer\*innen des Hambacher Forsts zur Identitätsfeststellung bis zu einer Woche festgehalten werden. Dass Staatstrojaner auf Handys eingeschleust und mehr Überwachungskameras im öffentlichen Raum installiert werden, dass Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbote, elektronische Fußfesseln und strategische Fahndung in die Freiheit jedes Menschen eingreifen können. Rechtsanwältin und Polizeigesetzkritiker Christian Mertens <sup>2</sup> kommentiert den Paradigmenwechsel: „Wir sind mittlerweile die Bösen. Und mit ‚Wir‘ meine ich alle, die nicht Polizei sind.“ <sup>3</sup> Er sieht in dem Gesetzesentwurf eine grundsätzliche Spaltung der Gesellschaft in zwei Gruppen und kritisiert vor allem die Auflösung der institutionellen Gewaltenteilung des Staates: „Wir geben dabei

die entscheidende Schranke – nämlich die Judikative, die Gerichte, die das überprüfen sollen – auf.“

## Nordrhein-Westfalen ist kein Sonderfall

Vorwand für die Gesetzesverschärfung sind die EU-Datenschutzreform, bestehend aus der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und der Datenschutz-Richtlinie für Justiz und Inneres (JI-Richtlinie) <sup>4</sup>, und das BKA-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes <sup>5</sup>. Beide Beschlüsse müssen auf Länderebene umgesetzt werden, um geltendes Recht wirksam durchsetzen zu können.

Prof. Dr. Clemens Arzt <sup>6</sup>, Direktor des Forschungsinstituts für Öffentliche und Private Sicherheit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, übte ebenfalls Kritik vor dem nordrhein-westfälischen Innenausschuss: „Statt einer Novellierung im Sinne des Datenschutzrechts werden umfangreiche gesetzliche Neuregelungen vorgeschlagen, die zu erheblichen Eingriffen in die Grundrechtssphäre [...], aber auch in das Wohnungsgrundrecht und die Freiheit der Person führen.“ <sup>7</sup> Arzt kritisiert weiterhin die Pauschalität der sogenannten „drohenden Gefahr“, die ohne weitreichende Begründung oder Verdacht definiert werden kann. Die Bedingungen „konkreter Gefahr“, die qua Rechtsprechung nach einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts für polizeilich geschützte Güter verlangen, werden durch Neueinführung der „drohenden Gefahr“ unterwandert und somit nichtig gemacht.

Viele Ähnlichkeiten weist der nordrhein-westfälische Gesetzesentwurf zum bayerischen Vorbild auf. Von dort wurde auch der Begriff der „drohenden Gefahr“ entlehnt, der ursprünglich vom Bundesverfassungsgericht stammt. Die Befugnisse, die der bayerischen Polizei mit dem Gesetz zugesprochen wurden, sind ähnlich weitreichend: Sie darf ohne konkreten Verdacht Personen durchsuchen, Telefone abhören, in Netzwerken und online gespeicherte Daten sammeln und verwerten. Besonders die ausufernde Präventivhaft erntet Kri-

tik. Doch eine Höchstdauer für die Freiheitsentziehung ist seit Sommer 2017 aufgehoben. Der Vorsitzende der bayerischen Gewerkschaft der Polizei (GdP), Peter Schall, befürwortet den erweiterten Wirkungsbereich seiner Kolleginnen und Kollegen als eine Maßnahme, die der Polizei die Arbeit vereinfacht. Unbeachtet bleibt in dieser Argumentation, dass die Vereinfachung zu Lasten der Freiheit aller Menschen, die nicht zur Polizei gehören, erwirkt wird.

Bei allen offenkundigen Einschränkungen gegenüber der zivilen Gesellschaft regt sich Widerstand. So wurde in München am 10. Mai zur Großdemonstration gegen das dortige Polizeiaufgabengesetz aufgerufen. 30.000 Menschen folgten dem Ruf. In Düsseldorf zogen am 7. Juli 20.000 Demonstrierende vom Hauptbahnhof zum Landtag, um ihren Unmut kundzutun. Umweltschützer\*innen neben Aktivist\*innen, Fußballfans und vielen weiteren – aus gewerkschaftlich-solidarischer Sicht ein fast schon romantisches Bild. Doch der streitbare Gegenstand bleibt bestehen und auch die meisten Bundesländer verschärfen ihre Gesetze: Im August 2018 wurde eine dreitägige Anhörung zum niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetz im Innenausschuss einberufen, deren Bilanz zum Abschluss der Expert\*innenanhörung uneins ausfiel. Ganzheitlich betrachtet sind alle Verschärfungen der Polizeigesetze Symptome eines gesellschaftlichen Wandels, einer Diskursverschiebung nach „Rechts“. Statt einer gerechteren Sozialpolitik werden Repressalien veranlasst, die das Konstrukt von Sicherheit und Ordnung erhalten sollen. Treffend kommentiert Rechtsanwalt Christian Mertens: „Bisher ist die Freiheit immer an ihrer Verteidigung gestorben und an nichts anderem.“

**Marcus Boxler ist im Sprecher\*innen-Team des Landesausschusses der Student\*innen und Studenten (LASS) der GEW Nordrhein-Westfalen.**

<sup>1</sup> Siehe [www.no-polizeigesetz-nrw.de/aufruf](http://www.no-polizeigesetz-nrw.de/aufruf)

<sup>2</sup> Christian Mertens, Fachanwalt für Strafrecht in Köln, gehört zu den überzeugten Kritiker\*innen des neuen Polizeigesetzes. Zurzeit informiert er auf zahlreichen Veranstaltungen von Protestgruppen über die Inhalte sowie die rechtlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen des geplanten Gesetzes, so beispielsweise am 12.06.2018 im Blue Square der Ruhr-Universität Bochum.

<sup>3</sup> Die Zitate sind aus der in Fußnote 2 genannten Veranstaltung in Bochum gesammelt, ein ähnlicher Vortrag (aus Köln) findet sich unter folgendem Link [media.ccc.de/v/c4.openchaos.2018.05.polizeigesetz-nrw](http://media.ccc.de/v/c4.openchaos.2018.05.polizeigesetz-nrw) (zuletzt abgerufen: 17.08.2018, 10:25 Uhr).

<sup>4</sup> Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist eine Verordnung der Europäischen Union zur Regulation und Angleichung der Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Strukturen und private Unternehmen. Zusammen mit der JI-Richtlinie bildet die DSGVO den gemeinsamen Datenschutzrahmen in der EU. Am 25. Mai 2018 ist das Verordnungspaket in Kraft getreten.

<sup>5</sup> In einem Urteil vom 20.04.2016 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entschieden, dass es erhebliche Bedenken hegt an den Befugnissen des Bundeskriminalamtes (BKA). Der Richterspruch konzentriert sich auf die Beschlüsse des Bundeskriminalamtgesetzes (BKAG) von 2009, durch welche der Behörde außerordentliche Befugnisse zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus übertragen wurden. Das BVerfG hat in ihrem Urteil die Beschlüsse für größtenteils verfassungswidrig erklärt.

<sup>6</sup> Prof. Dr. Clemens Arzt ist Direktor des Forschungsinstituts für Öffentliche und Private Sicherheit (FÖPS Berlin) und leitet den Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin. Die folgenden Zitate sind der offiziellen Stellungnahme der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses vom 07.06.2018 entnommen, siehe Fußnote 7.

<sup>7</sup> [www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-652.pdf](http://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-652.pdf) (zuletzt abgerufen: 17.08.2018, 11:16 Uhr)



## BAföG nur noch für Glückspilze?

**// Als das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 1971 unter Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedet wurde, war es noch als Vollzuschuss konzipiert. Seitdem hat sich viel geändert: Heute muss die Hälfte der Fördersumme zurückgezahlt werden, die Vorgaben der Politik werden immer strenger, sodass die Zahl der geförderten Studierenden kontinuierlich sinkt und die restriktiven Auslegungen der Ämter sich immer weniger mit der komplexen Lebens- und Studiensituation der Menschen deckt. //**

Anfang August 2018 kam nun die BAföG-Statistik 2017 des Statistischen Bundesamts heraus, die aufzeigt, wie hoch die Hürden für Studierende sind, um das ihnen eigentlich zustehende Geld zu bekommen: Nach Berechnungen der GEW erhält nur noch jede\*r achte Studierende die Ausbildungsförderung – vor fünf Jahren war es noch fast jede\*r fünfte. Und auch die Zahl der geförderten Schüler\*innen ist gesunken.

Zwar sind die Beiträge um ca. acht Prozent gestiegen. Da sie aber zuvor sechs Jahre lang nicht angehoben wurden, ist diese Erhöhung nicht mehr als eine Inflationsbereinigung. Die immer höher werdenden Lebenshaltungskosten, insbesondere durch steigende Mieten in den Städten, können damit nicht aufgefangen werden. Selbst wer der/die/\* Glückliche ist und sich durch das restriktive Netz der Vorgaben windet und die Berechtigungsbescheinigung bekommt, muss oftmals zusätzlich arbeiten gehen, um studieren zu können. Und wer arbeiten geht, kann nur sehr schwer in der Regelstudienzeit fertig werden: 68 Prozent der Studierenden brauchen zwei Semester länger und fallen damit aus der BAföG-Förderung heraus.

**Siehe auch:**  
alternativer BAföG-Bericht [www.gew.de/alternativer-bafogbericht](http://www.gew.de/alternativer-bafogbericht)

**PROTEST**

## read.me: Protestausgabe!

**// In der read.me-Redaktion stellt sich zu Beginn der Arbeit normalerweise die Frage, ob wir die aktuelle Ausgabe einem bestimmten Thema widmen sollen. //**

Wir haben uns dagegen entschieden, stattdessen nach Themen gesucht, die uns unter den Nägeln brennen. Das Ergebnis ist: eine Protestausgabe. Die Diskussion um den Frauen\*streik, die Proteste gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes in NRW, der erfolgreiche Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin, die Situation der Studierenden in der Türkei oder die Demos gegen die neuen Polizeigesetze – Proteste sind allgegenwärtig und notwendig. Deswegen ist diese Ausgabe allen progressiven politischen Aktivist\*innen gewidmet. Denjenigen, die auch bei Sturm und Regen, bei glühender Hitze und prallem Sonnenschein und besonders zum Trotz der Repressionen für (studentische) Tarifverträge, gegen polizeiliche Willkür und gegen die diskursive Verschiebung nach Rechts auf die Straße gehen. Unsere Solidarität gilt besonders den Studierenden und Wissenschaftler\*innen, die auf Grund des autoritären Regimes in der Türkei fliehen mussten oder in den dortigen Gefängnissen sitzen.

Eure read.me-Redaktion

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main  
**Tel.:** 069 78973-0, **Fax:** 069 78973-103  
**E-Mail:** [info@gew.de](mailto:info@gew.de), **Internet:** [www.gew.de](http://www.gew.de)

**Redaktion:** Dr. Andreas Keller (verantwortlich), Marcus Boxler, Bilge Cömert, Konstantin Korn, Katharina Lenuck, Fabian Schmidt, Stefani Sonntag, Adrian Weiß

**Lektorat:** Andrea Vath

**Gestaltung:** Werbeagentur Zimmermann GmbH, 60439 Frankfurt am Main

**Druck:** apm AG, Darmstadt

**September 2018**

## Mitbestimmung an Deiner Hochschule – GEW-Seminar für Studierende

**// Das GEW-Seminar wird einen Überblick über die unterschiedlichen Strukturen der Interessenvertretungen geben und die vielfältigen Handlungsoptionen an Hochschulen diskutieren. //**

In Workshops sollen eigene Kommunikations-, Argumentations- und Organizing-Tools entwickelt werden. Die Teilnehmer\*innen können gern ihre eigenen Themen und Ideen mit einbringen. Studierende, die bereits erste Erfahrungen mit der Hochschulpolitik gemacht haben,

sind ebenso herzlich eingeladen wie Studierende, die mit diesem Seminar einen Einstieg nehmen wollen. Das Seminar wird vom 7. bis 9. Dezember 2018 in Magdeburg stattfinden. Der Teilnahmebeitrag in Höhe von 40 Euro (GEW-Mitglieder: 20 Euro) schließt Unterkunft, Verpflegung und Reisekosten ein.

**Weitere Informationen und Anmeldung:**  
[www.gew.de/studiseminar](http://www.gew.de/studiseminar)

## Neu aufgelegt: GEW-Ratgeber „Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte“

**// Auch Hilfskräfte sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. //**

Mit dem Ratgeber helfen wir „Hilfskräften“, studentischen Beschäftigten, Tutor\*innen oder wie auch immer sie in den jeweiligen Hochschulgesetzen heißen, ihre Rechte kennenzulernen und durchzusetzen. Hier erfährt man (fast) alles über Stellenbesetzungsverfahren und Arbeitszeugnisse, Be-

fristungsgründe, Fragen zur Krankenversicherung, Elternzeit und Interessensvertretung etc. und über die Löhne von „Hilfskräften“ und deren feine Unterschiede. Der vollständig überarbeitete und aktualisierte Ratgeber ist online auf den Seiten der GEW ([www.gew.de/studentische-hilfskraefte](http://www.gew.de/studentische-hilfskraefte)) herunterzuladen und als Broschüre bis 9 Stück zu beziehen über [broschueren@gew.de](mailto:broschueren@gew.de), ab 10 Stück über den GEW-Shop ([www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de)).

## Studierende in der GEW

**// In der Hochschulpolitik läuft vieles schief – überfüllte Hörsäle, Mager-BAföG und Bologna-Stress. Deswegen stellen wir die Forderung nach guter Bildung für alle! Damit Lehre und Forschung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, setzen wir uns für eine soziale Öffnung und verbesserte personelle Ausstattung der Hochschulen ein. //**

### Wir stehen für ...

- einen freien Zugang zum Studium – gegen eine Auslese von Eliten!
- unbelastete Ausbildungsjahre – gegen offene und versteckte Studiengebühren!
- ein starkes BAföG – gegen den Leistungsdruck durch Lohnarbeit und Studium!
- ausfinanzierte Hochschulen – gegen Lehre und Forschung am Tropf!
- wissenschaftlichen Weitblick – gegen das Diktat ökonomischer Verwertungsinteressen!
- demokratische Mitbestimmung – gegen Amtswillkür an Hochschulen!

- Gleichstellung und familienfreundliche Hochschulen – alle Studierenden gleichermaßen fördern!
- ein Masterstudium für alle – gegen Beschränkungen im Bildungssystem!
- Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Kapitalismus!

### Wir sind keine Sachmittel

Ohne studentische „Hilfskräfte“ läuft nichts an den Hochschulen. In Bibliotheken, Tutorien und Forschung setzt man auf uns. Und wer gute Arbeit leistet, muss auch gut bezahlt werden. Trotzdem werden wir im Etat der Hochschulen als Sachmittel gelistet und erfahren keine gerechte Entlohnung.

Wir kämpfen für tarifvertragliche Regelungen und Entlohnungen – und das an allen Hochschulen!

**Ihr wollt mitmachen oder Kontakt mit uns aufnehmen? Dann schickt uns eine Mail: [bass@gew.de](mailto:bass@gew.de)**